

**LEITFADEN FÜR KANDIDAT:  
INNENEN ZUR VEREINNAHMUNG  
DURCH UNTERNEHMEN IN DEN  
EU-INSTITUTIONEN - UND WAS  
MAN DAGEGEN TUN KANN**



**Corporate  
Europe  
Observatory**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Die sieben wichtigsten Zugänge zur Macht für Unternehmens-Lobbyist:innen</b> .....	<b>03</b>
<b>Zugang Nummer 1:</b> Große Pläne werden mit großen Unternehmen gemacht .....	<b>05</b>
<b>Zugang Nummer 2:</b> Die unternehmensfreundliche Koordinierung von EU-Projekten - das Corona-Debakel .....	<b>07</b>
<b>Zugang Nummer 3:</b> Die Fingerabdrücke der Unternehmen auf neuen Gesetzen der Kommission .....	<b>09</b>
<b>Zugang Nummer 4:</b> Regelmäßige Lobbyarbeit in den Ministerien und Arbeitsgruppen des Rates .....	<b>11</b>
<b>Zugang Nummer 5:</b> Lobbygruppen mobilisieren sich im Europäischen Parlament .....	<b>13</b>
<b>Zugang Nummer 6:</b> Für die Umsetzung zuständige Lobbyist:innen .....	<b>15</b>
<b>Zugang Nummer 7:</b> Konzerne rufen laut nach "Wettbewerb", um ihnen missliebige Vorschriften zu verhindern .....	<b>17</b>
<b>Es ist Zeit, die Vereinnahmung durch Unternehmen zu stoppen</b> .....	<b>19</b>
<b>Was Sie tun können</b> .....	<b>20</b>
<b>Kontakte</b> .....	<b>21</b>

# LEITFADEN FÜR KANDIDAT: INNENEN ZUR VEREINNAHMUNG DURCH UNTERNEHMEN IN DEN EU-INSTITUTIONEN - UND WAS MAN DAGEGEN TUN KANN

## Die sieben wichtigsten Zugänge zur Macht für Unternehmens-Lobbyist:innen

**Vom Klimawandel über die Lebenshaltungskosten bis hin zu giftigen Chemikalien - die schwerwiegenden Schäden, die von Unternehmenslobbygruppen verursacht werden, die die Entscheidungsfindung auf vielfältige und subtile Weise dominieren, ein Phänomen, das als "Corporate Capture" bekannt ist, sind deutlicher denn je.**

In den letzten Jahren haben wir erleben müssen, wie Big Tech den Kampf um die **künstliche Intelligenz** gewonnen und die Öffentlichkeit für Eingriffe in die Privatsphäre, Diskriminierung und Desinformation anfällig gemacht hat. Wir haben erlebt, wie es der Gaslobby gelungen ist, die Europäische Union dazu zu bringen, uns an **mehr Gasinfrastruktur** zu binden, was sowohl die Klima- als auch die Lebenskostenkrise verschlimmert. Wir haben erlebt, wie Big Pharma riesige Profite aus COVID-19 gezogen hat und Maßnahmen zur **gemeinsamen Nutzung von Technologien** zum Schutz der öffentlichen Gesundheit verhindert hat. Und wir haben erlebt, wie die Lobbyist:innen der Agrar- und Chemieindustrie und ihre Verbündeten unter den Kommissar:innen, den Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) und den Regierungsvertretern wichtige Initiativen **zur Reduzierung von Chemikalien und Pestiziden sabotiert haben**.

Die Vereinnahmung durch die Unternehmen untergräbt die Demokratie auf vielen verschiedenen Ebenen und führt zu einer EU, die Profite über die Menschen und den Planeten stellt.

Dieser Leitfaden richtet sich an Kandidat:innen und führt Sie in die wichtigsten Einflussmöglichkeiten von Unternehmens-Lobbyist:innen ein. Er enthält Vorschläge, was wir tun können, um demokratische Entscheidungsprozesse vor der Vereinnahmung durch Unternehmen zu schützen.

Um die Entscheidungsfindung innerhalb der EU-Institutionen zu verstehen - und wo und wie sie anfällig für die Vereinnahmung durch Unternehmen ist - müssen wir die Welt des Wirtschaftslobbyismus etwas näher beleuchten. Nach der jüngsten Zählung gibt es 35.000 Lobbyist:innen, die beruflich auf die Entscheidungsfindung Einfluss nehmen. Die meisten von ihnen arbeiten für große Unternehmen wie Amazon, Shell oder Bayer, entweder direkt für das Unternehmen selbst, als Lobbyist:in für einen Wirtschaftsverband oder als Angestellter in einer Lobbying-Agentur – also Firmen für sog. Politikkontaktarbeit. Deren gemeinsame Budgets belaufen sich auf Hunderte von Millionen, vielleicht sogar auf Milliarden von Euro. Niemand weiß das genau, und das ist Teil des Problems.

Seit 1997 untersucht Corporate Europe Observatory (CEO), eine Lobby-Überwachungs-NGO mit Sitz in Brüssel, die enorme Macht der Lobbyist:innen des Großkapitals in der EU und führt entsprechende Kampagnen durch. Wir haben eine Vielzahl von Lobbykandalen aufgedeckt, z. B. den starken Einfluss der Agrarindustrie auf die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, die Rolle der Finanzlobby bei der Einführung verwässerter Regulierungs-Vorschriften im Vorfeld

der Finanzkrise 2008 und den Dalligate-Skandal um die Tabaklobby. Jedes Jahr gab es neue Skandale, an denen wir arbeiteten. Trotz einiger Erfolge hat sich das Problem insgesamt verschärft. Deshalb müssen wir durchgreifende Maßnahmen ergreifen, um der Vereinnahmung der Entscheidungsfindung durch Unternehmen Einhalt zu gebieten.

## In allen Phasen der Entscheidungsfindung sind sie präsent

Corporationen dominieren die EU-Institutionen, in vielen Fällen in dem Maße, dass sie die Entscheidungsfindung dominieren. Dies ist nicht nur das Ergebnis ihres strukturellen Gewichts in unseren Volkswirtschaften, sondern eine spezifische Folge ihrer massiven Investitionen in die Lobbyarbeit. Sie geben weit mehr Geld aus als andere Interessengruppen wie Gewerkschaften, Umwelt-NGOs und Verbraucher:innenschutzgruppen und sind ihnen zahlenmäßig überlegen. Darüber hinaus genießen die Unternehmen und ihre Lobbygruppen einen privilegierten Zugang zu Kommissionsbeamten:innen, Europaabgeordneten und Regierungen, die einer veralteten Ideologie verhaftet sind, die davon ausgeht, dass das, was gut für das Großkapital ist, zwangsläufig auch gut für Europa ist.

Ihr privilegierter Zugang zu den Entscheidungsträger:innen und ihre überwältigenden Ressourcen führen häufig dazu, dass Vertreter:innen der Großunternehmen der einzige Faktor sind, der bei jedem Schritt der Entscheidungsfindung präsent ist:

- Sie sind dazu eingeladen, die Kommission bei der Erarbeitung oder dem Entwurf wichtiger, übergreifender Strategien für ganze Wirtschaftszweige zu unterstützen.
- Sie sitzen in so genannten Expert:innengruppen, die die Kommission bei der Vorbereitung neuer Rechtsvorschriften unterstützen.
- Sie führen Kampagnen in den europäischen Hauptstädten durch, um die Regierungen der Mitgliedstaaten dazu zu bringen, ihre Interessen in Brüssel zu vertreten, einschließlich der Lobbyarbeit bei den Beamten:innen in den intransparenten EU-Ratsarbeitsgruppen.
- Im Europäischen Parlament tauchen sie immer dann auf, wenn ein Gesetz auf dem Tisch liegt, das ihre Interessen berührt - also fast immer. In manchen Fällen mobilisieren die Konzerne ein Heer von Lobbyist:innen, die monatelang an die Türen der Abgeordneten klopfen.
- Schließlich können Lobbyist:innen auch Einfluss darauf nehmen, wie EU-Gesetze umgesetzt und durchgesetzt werden.

## Corporate Capture: eine Herausforderung für die Demokratie

Wenn wir all diese Vorstöße der Unternehmens-Lobbyist:innen in ihrer Gesamtheit betrachten, wird deutlich, dass sie die Entscheidungsfindung beherrschen und eine Gefahr für die Demokratie und das öffentliche Interesse darstellen. Die Vereinnahmung durch Unternehmen ist eine Herausforderung, der sich sowohl die Bürger:innen wie auch die Abgeordneten stellen müssen. In jeder Wahlperiode haben wir erlebt, dass Unternehmens-Lobbyist:innen dank ihrer Fähigkeit, in den EU-Institutionen Einfluss zu nehmen, bedeutende politische Siege errungen haben. Dies untergräbt nicht nur die Demokratie, sondern ebnet auch den Weg für schädliche Umweltverschmutzung, eine schwache Klimapolitik, gefährliche Einführung von künstlicher Intelligenz, Beschneidungen sozialer Rechte und vieles mehr.

Es gibt noch eine weitere beunruhigende Folge. Wenn die EU mehr auf Konzerne als auf ihre eigenen Bürger:innen eingeht, schürt dies Misstrauen, Wut und ein Gefühl der Entmachtung. Dies schafft einen fruchtbaren Boden für Verschwörungsdenken und die Rekrutierung der extremen Rechten, die sich den verärgerten Wähler:innen als „Alternative“ zum derzeitigen System präsentiert, ohne tatsächlich echte Handlungsfähigkeit oder Lösungen anzubieten. Diese Situation könnte nicht gefährlicher sein.

Im Folgenden stellen wir Beispiele für sieben solcher „Zugänge zur Macht“ auf verschiedenen Ebenen und Stufen der Entscheidungsfindung vor (einschließlich der fünf oben genannten) und zeigen auf, wie MdEP die Entscheidungsfindung auf einen demokratischeren Kurs bringen können, ohne ungebührlichen Einfluss von Unternehmenslobbygruppen.

# ZUGANG NUMMER 1:

## GROSSE PLÄNE WERDEN MIT GROSSEN UNTERNEHMEN GEMACHT

**Wann immer die EU vor einer großen Herausforderung steht oder wenn neue kühne Pläne für ihre künftige Entwicklung geschmiedet werden, nutzen mächtige Unternehmenslobbygruppen die Gelegenheit, und die Kommission holt sich oft aktiv Rat bei ihnen.**

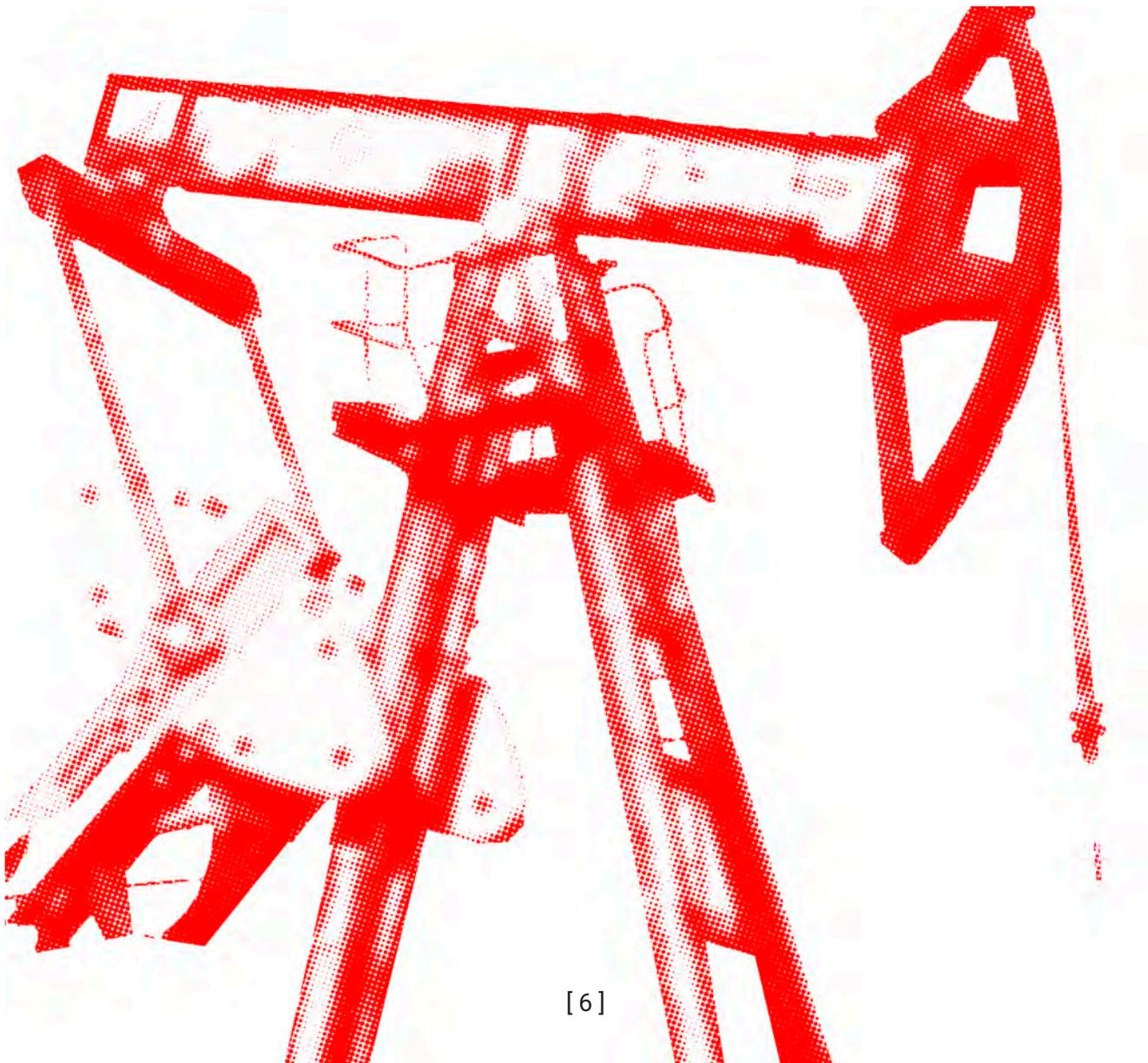
Als Russland zum Beispiel im Februar 2022 illegal in die Ukraine einmarschierte, beschloss die EU schnell, ihre übermäßige Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. Sie hätte dies durch den Ausbau tatsächlich erneuerbarer Energien und den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen tun können, aber die Kommission konzentrierte sich weitgehend auf den Ausbau ihrer Gasinfrastruktur und die Diversifizierung der Lieferungen aus anderen Ländern. Dies hat wenig dazu beigetragen, die durch die hohen Brennstoffkosten verursachte Krise der Lebenshaltungskosten zu verringern. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Abhängigkeit von Gas und dem Höchststand der Energiepreise, der vor allem in den Jahren 2022 und 2023 die Lebensgrundlage der Menschen stark beeinträchtigte.

Diese Gasausweitung war nicht zuletzt den Berater:innen zu verdanken, die die Kommission in der Frage der Energieversorgung gewählt hat. Der European Round Table for Industry, ein Club der Vorstandsvorsitzenden einiger der größten Unternehmen in Europa, traf sich im März 2022 viermal mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Bei zwei dieser Treffen forderten die Vorstandsvorsitzenden von TotalEnergies, Shell, BP und E.on die Kommissionspräsidentin auf, eine "Task Force" einzurichten, um festzustellen, welche EU-Maßnahmen aus Sicht der Industrie "machbar" sind. Nicht lange danach **kündigte von der Leyen eben diese an**. Dieses Beratungsgremium, die Beratungsgruppe für die EU-Energieplattform, wurde von **Führungskräften aus der Öl- und Gasindustrie** dominiert, die ein großes Interesse daran haben, die Gasinfrastruktur auszubauen und die Abhängigkeit Europas vom Gas zu erhöhen. Vor dem Hintergrund einer sich rasch entwickelnden globalen Klimakatastrophe und in einer Zeit, in der die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen es Millionen von Europäern sehr schwer machte, ihre Energierechnungen zu bezahlen, konnte die Industrie für fossile Brennstoffe also immer noch die Tagesordnung bestimmen. Obwohl wir uns mitten in einer Krise der Lebenshaltungskosten befanden, die zu einem großen Teil der Tatsache geschuldet war, dass die Preise auf dem EU-Energiemarkt auf dem Niveau der teuersten Energieform (in diesem Fall Gas) festgesetzt werden, zögerten unsere Regierungen und die Kommission nicht, uns auf einen noch höheren Gasverbrauch in der Zukunft festzulegen. Insgesamt wurde der Plan, die Abhängigkeit von russischem fossilem Gas radikal zu verringern, nicht zu einer Gelegenheit, die grüne Energiewende zu beschleunigen, sondern zu

**WIE DIE INDUSTRIE FÜR FOSSILE BRENNSTOFFE NACH DEM EINMARSCH IN DIE UKRAINE ZU TOP-BERATERN FÜR GAS WURDE**

einem Vorwand für den Bau weiterer Gasinfrastrukturen und für die Einfuhr von mehr Gas aus anderen Quellen.

Diese Ereignisse waren nicht einmalig, sondern Teil eines Musters. Große Pläne werden mit großen Unternehmen gemacht. Die europäischen Bürger:innen äußern regelmäßig ihre ernste Besorgnis über die Auswirkungen giftiger Chemikalien auf die Gesundheit und die biologische Vielfalt. Doch im Jahr 2023 ist die Kommission von ihrem Versprechen abgerückt, die EU-Chemikalienvorschriften zu verschärfen. Stattdessen trafen sich Kommissionspräsidentin von der Leyen und der belgische Premierminister (der den Ratsvorsitz innehatte) im Februar 2024 zu einem **gipfelähnlichen Treffen in Antwerpen**, das von der Lobbygruppe der chemischen Industrie CEFIC organisiert worden war, um eine neue Industriestrategie für die EU zu erörtern: einen "Industrial Deal". Dieser würde die Regulierung dieser giftigen Produkte zurückfahren und öffentlich finanzierte Zuwendungen sowie eine Lockerung der Umweltvorschriften anbieten (siehe Anschauungs-Kasten zum europäischen Green Deal weiter unten).



# ZUGANG NUMMER 2:

## DIE UNTERNEHMENSFREUNDLICHE KOORDINIERUNG VON EU-PROJEKTEN - DAS CORONA-DEBAKERE

Die EU ist nicht nur eine Maschinerie für gemeinsame Gesetze - die Institutionen koordinieren auch die Reaktionen der Mitgliedstaaten, z. B. die Sicherstellung von Impfstoffen und anderen medizinischen Gütern während der Corona-Pandemie. Big Pharma wurde als Held der Pandemie dargestellt, aber in Wirklichkeit war dessen Macht ein großes Hindernis für die öffentliche Gesundheit und eine gerechte Impfstoff-Verteilung auf der ganzen Welt.

Die Verhandlungen der Kommission über die Lieferung von Impfstoffen mit den größten Herstellern - insbesondere mit Pfizer - wurden in entscheidenden Momenten von Kommissionspräsidentin von der Leyen geführt und waren von **Geheimhaltung geprägt**. Es gibt Hinweise darauf, dass dieses Vorgehen zu höheren Preisen und ungünstigen Verhandlungs-Abschlüssen für die Mitgliedstaaten geführt hat. Mangelnde Transparenz hat allerdings verhindert, dass wir eine endgültige Antwort auf diese und andere wichtige Fragen erhalten. Die Europäische Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung zu von der Leyens Rolle bei der Aushandlung eines Megavertrags mit Pfizer im April 2021 eingeleitet, bei der die üblichen Verfahren umgangen wurden, an denen ein größeres EU-Verhandlungsteam und die Regierungen der Mitgliedstaaten hätten beteiligt sein müssen. Die Kommission weigert sich weiterhin, von der Leyens SMS-Korrespondenz mit Pfizer-Chef Albert Bourla offenzulegen. Der Mangel an Transparenz hat Big Pharma nicht nur in die Lage versetzt, sich der Rechenschaftspflicht und Kontrolle zu entziehen, sondern hatte auch den Nebeneffekt, dass er wenig hilfreiche Verschwörungstheorien schürte und das öffentliche Vertrauen untergrub.

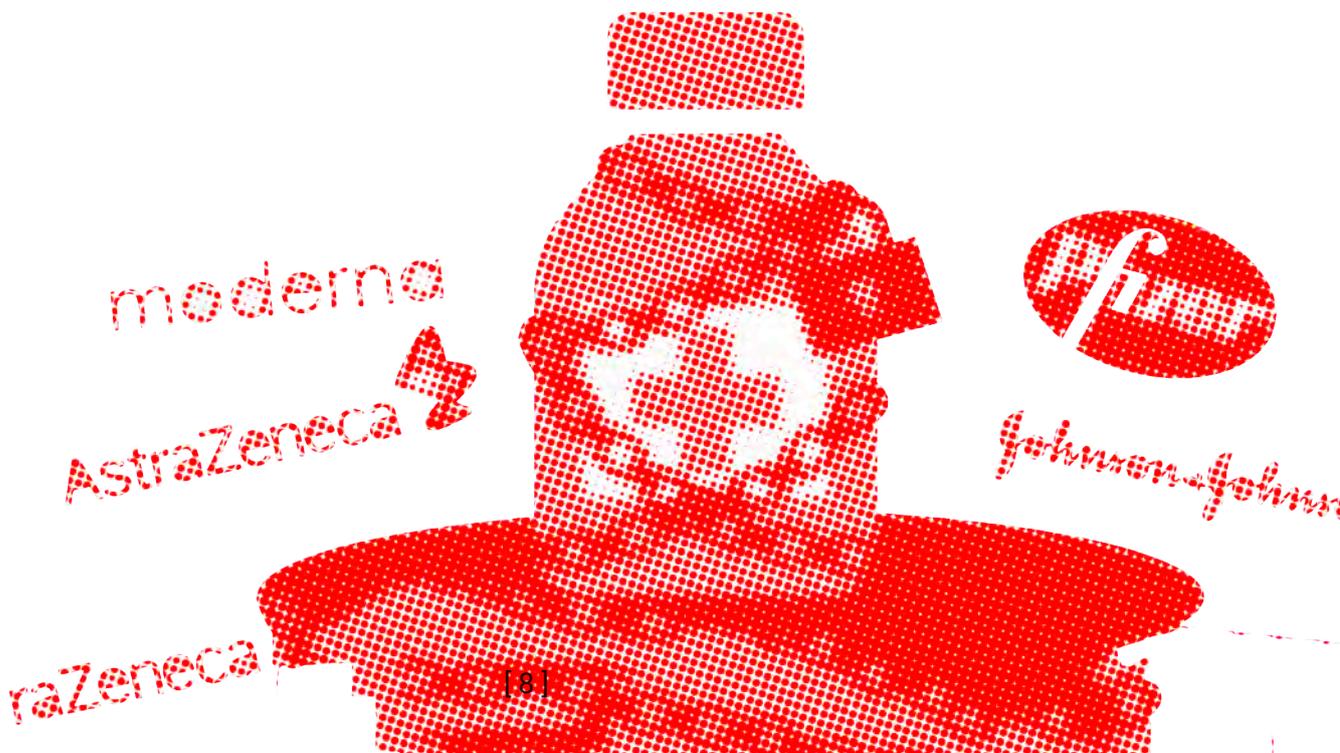
In der Zeit der Pandemie hat die Kommission eine enge Zusammenarbeit mit den größten Pharmaunternehmen und ihrer Lobbygruppe EFPIA aufgebaut. Von März 2020 bis Mai 2021 hatten die Kommissare oder ihre hochrangigen Mitarbeitenden (Kabinette) 44 Treffen mit einzelnen Pharmaunternehmen und weitere 117 Zusammentreffen mit **Lobbygruppen für den Pharmasektor**.

Diese Nähe zwischen der Kommission und Big Pharma zeigte sich in der Haltung der EU zu Patenten auf Impfstoffe.

WIE DIE INTERESSEN  
VON BIG PHARMA  
DIE ÖFFENTLICHE  
GESUNDHEIT - UND  
DIE ÖFFENTLICHEN  
FINANZEN - INS  
ABSEITS DRÄNGTEN

Im April 2020, in den ersten Tagen der Pandemie, erklärte Kommissionspräsidentin von der Leyen, dass Corona-Impfstoffe als universelles öffentliches Gut **behandelt werden sollten**, das für jeden zugänglich ist, der sie benötigt. Doch diese Versprechen wurden gebrochen, sowohl in den Impfstoffverträgen der EU mit Big Pharma als auch in den globalen Verhandlungen darüber, den Ländern des globalen Südens zu erlauben, die Impfstoffe selbst als erschwingliche Generika-Produkte herzustellen. Stattdessen wurde die EU zum größten globalen Feind der gemeinsamen Nutzung von Technologien. Sie gab den Ansatz des globalen Gemeinwohls auf und erfüllte stattdessen die Forderungen der Pharmaindustrie: Sie behandelte die Impfstoffe als private Monopole im Besitz von ein paar wenigen Konzernen. Dies führte zu einer katastrophalen Impfstoffknappheit, die die ärmsten Menschen der Welt daran hinderte, sich impfen zu lassen. Vor allem afrikanische Länder litten unter dieser Ungerechtigkeit. **Eine studie** kam zu dem Schluss, dass die Nichtweitergabe von Technologie in Ländern mit niedrigem Einkommen "mitverantwortlich für Hunderttausende von Todesfällen im Jahr 2021" sein könnte.

Ein ähnliches Muster finden wir, wenn es darum geht, Geld für Energieprojekte auszugeben - ein sensibles Thema im Zeitalter des Klimawandels. Seit vielen Jahren räumt die Kommission einer Gruppe von Gasunternehmen, die sich im Verband Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (ENTSO-G) zusammengeschlossen haben, **eine privilegierte Rolle** bei der Auswahl von Energieprojekten ein, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. In den letzten Jahren hat sich dieses Muster außerdem bei Wasserstoff wiederholt, den die Gasindustrie in den Mittelpunkt der EU-Energiepolitik gestellt hat, indem sie behauptete, er sei "sauber", obwohl er größtenteils aus fossilem Gas hergestellt wird. Die von der Gasindustrie dominierte **Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff** hat das Privileg erhalten, Projekte auszuwählen, die für den Erhalt öffentlicher Gelder in Frage kommen.



# ZUGANG NUMMER 3: DIE FINGERABDRÜCKE DER UNTERNEHMEN AUF NEUEN GESETZEN DER KOMMISSION

Da die Kommission die einzige Institution ist, die Vorschläge für neue Gesetze vorlegen kann, ist es der Traum einer:s Lobbyist:in, in die Nähe des Entwurfsprozesses zu gelangen. In zahllosen Fällen ist das für die Lobbyist:innen der großen Unternehmen kein Problem: Sie werden von Anfang an aktiv aufgefordert, ihre Fingerabdrücke auf Gesetzesvorschlägen zu hinterlassen.

Die beratenden Gruppen, die die Kommission unter anderem zur Vorbereitung neuer Gesetze einsetzt, werden normalerweise als "Expert:innengruppen" bezeichnet, obwohl sie manchmal auch anders genannt werden. Im Fall der künstlichen Intelligenz hat die Kommission zur Vorbereitung einer europäischen Regulierung **eine Gruppe zur Beratung eingesetzt** die von Wirtschaftsvertreter:innen dominiert wurde, von denen fast die Hälfte aus Technologieunternehmen stammte. Insider sagten später, dass alle Vorschläge für strenge Regeln für problematische KI von den Industriemitgliedern vom Tisch gefegt wurden und dass sie stattdessen auf Selbsteinschätzungen der Unternehmen zu ihren Technologien drängten.

Natürlich wurde die Selbstbewertung zu einem zentralen Bestandteil des Kommissionsvorschlags für ein KI-Gesetz. Das sind keine guten Nachrichten. KI bietet zwar Chancen, birgt aber auch viele Risiken - mit erheblichen potenziellen Auswirkungen auf Privatsphäre, Diskriminierung und Menschenrechte. Neben den sozioökonomischen Risiken gibt es auch Risiken, die mit der Automatisierung verbunden sind, zum Beispiel wenn es um Waffen geht. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass solche neu entstehenden Technologien demokratisch und im öffentlichen Interesse reguliert werden, und nicht von großen Technologieunternehmen aus dem Silicon Valley oder Europa.

Selbstregulierung ist ein Standardvorschlag von Lobbyist:innen und genauso beunruhigend wie wenn man einen Fuchs den Hühnerstall überwachen ließe. Wenn Unternehmen sich selbst regulieren, neigen sie dazu, Regeln zu beugen, Probleme herunterzuspielen und ihre eigenen finanziellen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Das kann sogar die Tür zu offenem Betrug öffnen, wie im Fall der Fahrzeuge von Volkswagen, die im **Dieselgate-Skandal** manipuliert wurden, um die Emissionsstandards zu umgehen

WIE BIG  
TECH-LOBBYIST:  
INNEN SICH ALS  
EXPERT: INNEN  
AUSGABEN UND  
DEN ENTWURF  
EINES KI-GESETZES  
MITVERFASSTEN



Unternehmens-Lobbyist:innen erhalten nicht nur oft das Privileg, die Kommission bei der Ausarbeitung neuer Vorschläge zu unterstützen - Lobbyist:innen haben ihre Positionen in Expert:innengruppen manchmal auch dazu genutzt, die Kommission davon zu überzeugen, von Maßnahmen abzulassen. So riet beispielsweise 2006 eine **von investmentfonds** dominierte Expert:innengruppe der Kommission erfolgreich davon ab, eine EU-Finanzregulierung vorzuschlagen - die Art von Regeln, die dazu beigetragen hätte, die Finanzkrise 2008 abzuwenden. Die EU konsultierte daraufhin dieselbe Art von Expert:innen bei der Ausarbeitung ihrer Pläne zur Bewältigung dieser Krise.

Heutzutage gibt es sogar noch mehr Mechanismen, die genutzt werden können, um Regulierungsinitiativen zu stoppen, bevor sie das Licht der Welt erblicken. Im Rahmen der so genannten "Besseren Rechtsetzung" und ihrer Betonung des fehlerhaften Instruments der "Folgenabschätzungen" hat die Kommission Unternehmens-Lobbyist:innen die Möglichkeit gegeben, Fortschritt zu blockieren. So gab beispielsweise die Chemie-Lobbygruppe CEFIC eine eigene Folgenabschätzung in Auftrag, in der die Folgen einer stärkeren Regulierung von Chemikalien für die Gewinne der Industrie **beängstigend dargestellt wurden** während die Vorteile für Gesundheit und Umwelt ignoriert wurden. Die CEFIC-Studie trug dazu bei, die mediale und politische Debatte über die Pläne der Kommission zu prägen, und schließlich zog sich die Kommission von der Veröffentlichung eines Vorschlags zur Verschärfung der wichtigsten EU-Chemikalienverordnung REACH (Regulation, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals, d.h. Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien) zurück. Da aber nur die Kommission Vorschläge für Rechtsvorschriften vorlegen kann, wurde die dringend benötigte Überarbeitung von der REACH-Verordnung auf die lange Bank geschoben.

# ZUGANG NUMMER 4: REGELMÄSSIGE LOBBYARBEIT IN DEN MINISTERIEN UND ARBEITS- GRUPPEN DES RATES

Sobald der Gesetzesentwurf der Kommission vorliegt, muss er von den Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat und vom Europäischen Parlament diskutiert werden. Im Rat geschieht dies zwischen den Minister:innen am Ende der Gespräche, aber zunächst werden die Vorschläge an die Beamt:innen herangetragen in den etwa 150 Arbeitsgruppen des Rates. Hier sind die Lobbyist:innen der Wirtschaft häufig zu Gast. **Eine Analyse** von einer dieser Gruppen, der "Ratsgruppe für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum" - die sich mit einem breiten Spektrum von EU-Rechtsvorschriften befasst, einschließlich des digitalen Bereichs und der Industriepolitik, und dabei beispielsweise den Datenschutz oder Umweltvorschriften berührt - ergab, dass die Beteiligung von Unternehmen über einen Zeitraum von zwei Jahren die von NGOs und Gewerkschaften um den Faktor 13 übertraf.

Hinzu kommt die Lobbyarbeit in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten, wenn zum Beispiel die deutsche Autoindustrie die deutsche Regierung dazu bringt, alles abzuwenden, **was ihre Interessen auf EU-Ebene berührt** - mit fatalen Folgen für die Bemühungen um einen umweltfreundlicheren Verkehr. Oder wenn sich die französische Regierung für die Unterstützung der Atomindustrie **stark macht** nicht zuletzt für ihre eigene.

Bei der Einflussnahme auf den Rat kann es auch darum gehen, mächtige Koalitionen über die Grenzen hinweg zu bilden. Einige Unternehmenslobbygruppen sind in der Lage, in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten eine Koalition gegen oder für bestimmte EU-Gesetze zu schmieden, und sie sind oft erfolgreich. So hat beispielsweise der Verband der dänischen Industrie erfolgreich mit der dänischen Regierung zusammengearbeitet, um ein europäisches Netzwerk von Lobbygruppen und Regierungen zu schaffen, um einen **Vorschlag zu verwässern** der als „EU-Richtlinie über die Sorgfaltspflicht gegenüber Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit“ bekannt ist und darauf abzielt, europäische Unternehmen daran zu hindern, die Menschenrechte im In- und Ausland zu verletzen.

WIE DER RAT  
UNTERNEHMENS-  
LOBBYIST:

INNEN BEVORZUGT,  
WENN ES UM DIE  
FESTLEGUNG VON  
REGELN GEHT

Ein weiteres grenzüberschreitendes Beispiel ist der seit langem andauernde Kampf um die Gleichstellung der Beschäftigten von Internetplattformen mit Arbeitnehmenden, dessen Vorschläge zweimal abgelehnt wurden. Beim zweiten Mal verhinderten die französische und die deutsche Regierung - aufgrund verschiedener Verbindungen zur Tech-Industrie - die Annahme einer Definition des Begriffs "Arbeitnehmer:in" durch die EU, die Millionen von Plattform-Beschäftigten als das anerkannt hätte, was sie sind – Arbeitnehmer:innen. Es ist nicht überraschend, dass diese entscheidende Definition fehlte, als die endgültige Fassung der Richtlinie zur **Plattformarbeit verabschiedet** wurde.

# ZUGANG NUMMER 5: LOBBYGRUPPEN MOBILISIEREN SICH IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die Kampagnen zur Beeinflussung der EU, die die meisten Ressourcen zu mobilisieren scheinen, sind die, bei denen Wirtschafts-Lobbyist:innen versuchen, das Europäische Parlament für ihre Sache zu gewinnen. Für Unternehmen und mächtige Wirtschaftsverbände ist es kein Problem, ein Heer von Lobbyist:innen aufzustellen, die an die Türen der Abgeordneten klopfen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Während der Corona-Pandemie hatten Pharmaunternehmen **290 Lobbyist:innen**, die für sie in den EU-Institutionen arbeiteten. Dazu zählen noch nicht diejenigen, die sie vorübergehend bei Lobbyfirmen anstellten. Im Jahr 2023 - als die Regulierung von Big Tech ganz oben auf der Tagesordnung der EU stand - gab dieser Sektor **rund 113 Millionen Euro für Lobbyarbeit** aus. Diese Schlagkraft schlug sich auch im Zugang zu den Abgeordneten des Europäischen Parlaments nieder: In diesem Jahr waren 66 Prozent der vereinbarten Sitzungen zum KI-Gesetz den Interessen der Unternehmen gewidmet und übertönten andere Stimmen aus der Zivilgesellschaft oder der Wissenschaft. Der Chemieverband CEFIC gab im Jahr 2023 **10.7 Millionen Euro** aus – die separaten Lobbying-Budgets seiner Mitgliedsunternehmen nicht mitgerechnet. Insgesamt sind die Zahlen im EU-Transparenzregister wahrscheinlich zu niedrig angesetzt, da sie selbst angegeben und nicht unabhängig überprüft werden.

Mit Millionen von Euro, die ihnen zur Verfügung stehen, haben Unternehmenslobbygruppen gute Chancen, das Parlament zu beeinflussen. Sie können Dutzende von Hochglanzberichten erstellen, exquisite Veranstaltungen durchführen und Hunderte von Treffen mit MdEP anberaumen. Sie können auch über Clubs arbeiten, die sie mit ausgewählten Parlamentarier:innen gegründet haben, um ihre Position zu stärken. Zu solchen Clubs gehören das **European Parliamentary Services Forum**, das von großen Finanzinstituten gegründet wurde, und die **Kangaroo Group**, die die Interessen der Rüstungsindustrie, der Großbanken und der Pharmaindustrie vertritt.

Wenn die Lobbyist:innen der Unternehmen einmarschieren, geht es oft nicht nur darum, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments dazu zu bringen, in die eine oder andere Richtung zu stimmen. Unternehmens-Lobbyist:innen formulieren Änderungsanträge zu EU-Gesetzesentwürfen, die sie dann den Abgeordneten zum Einreichen vorlegen. In einigen Fällen stammen mehr als die Hälfte der Änderungsanträge, über die abgestimmt werden soll, von Lobbyist:innen und nicht von Abgeordneten selbst. **Ein aktuelles Beispiel** für dieses Manöver ist der Änderungsantrag des polnischen Europaabgeordneten Ondřej Kovařík zu einem Vorschlag über neue Schadstoffnormen für Autos, der in Wirklichkeit von der Autolobbygruppe ACEA verfasst wurde.



**WIE BIG TECH,  
BIG PHARMA UND  
ANDERE BRANCHEN  
EIN HEER VON  
LOBBYIST:INNEN  
LOSSCHICKEN  
KÖNNEN**

# QATARGATE

## DURCH GELD ERKAUFTER EINFLUSS

Im Dezember 2022 durchsuchte die belgische Polizei Büros im Europäischen Parlament sowie die Wohnsitze mehrerer Abgeordneter und Assistent:innen des Europäischen Parlaments. Den Medien wurden Fotos von Koffern vorgelegt, vollgepackt mit Euroscheinen. Eine Gruppe aktueller und ehemaliger Europaabgeordneter hatte jahrelang eng mit der katarischen und der marokkanischen Regierung zusammengearbeitet, um ihre Interessen in der EU zu fördern. Dazu gehörte auch die Bemühungen Kritik an der Menschenrechtslage in Katar im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2022 zu verhindern und auch die Kritik an der marokkanischen Besetzung der Westsahara einzudämmen und die Handelsbeziehungen auszubauen.

Laut *Politico*, hat die Gruppe von Abgeordneten und ihren Assistenten zwischen 2018 und 2022 Hunderte von Beeinflussungsmaßnahmen vorgenommen. Sie hatten erstaunlichen Erfolg: Sie können sich damit rühmen, nicht weniger als sechs parlamentarische Resolutionen zu Katar „neutralisiert“ zu haben. Ebenso arbeitete ein Mitglied des Europäischen Parlaments eng mit der marokkanischen Regierung zusammen, um zu verhindern, dass die Westsahara zum Thema wird. Zu seinen Methoden scheint der massive Missbrauch seiner Position im Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments zu gehören.

Die Qatargate-Affäre hat das Parlament erschüttert. Korruptionsfälle kommen selten ans Licht, und so etwas Schockierendes wie der Qatargate-Skandal ist bisher noch nicht vorgekommen.

Für Corporate Europe Observatory war es jedoch keine Überraschung. Seit 2015 hat CEO die Lobbyarbeit repressiver Regime bei der EU untersucht und eine unserer zentralen Schlussfolgerungen war, dass laxe Regeln für Transparenz und Ethik viel Raum für die Manipulation von Entscheidungsprozessen lassen.

In dieser Hinsicht ist Qatargate ein Lobbykandal. Die mangelnde Beachtung und Kontrolle von Lobbyist:innen im Allgemeinen hat den Weg für repressive Regime geebnet, insbesondere zur Beeinflussung von Kampagnen - sei es in diesem Fall mittels Tarngruppen und schwer gefüllten Geldkoffern oder in anderen Fällen, die wir verfolgt haben, durch subtilere Mittel wie den Einsatz privater Lobby-Beratungsfirmen - und hat zu einer Beeinflussung der Positionen des Europäischen Parlaments geführt.

Ein umfassendes, rechtsverbindliches EU-Lobbyregister wäre das Mindeste, um Fälle wie diesen zu verhindern. Eines, das zudem kontrolliert und durchgesetzt würde, um sicherzustellen, dass die Bürger:innen und politischen Entscheidungsträger:innen genaue Informationen darüber abrufen können, wer bei der EU Lobbyarbeit betreibt, aus welchen Gründen und für wie viel Geld.

Während in den Wochen nach Qatargate eine komfortable Mehrheit im Parlament für eine ehrgeizige Reform der Lobbybestimmungen vorhanden war, verflüchtigte sich diese bald schon wieder. Die konservativen Abgeordneten haben die Reformgespräche in ein Hinterzimmerverfahren verwandelt und am Ende blieben nur sehr wenige der vorgeschlagenen Regeländerungen über.

Es gab eindeutig nicht genug politischen Willen, um die Entscheidungsfindung der EU vor unzulässiger Einflussnahme zu schützen. Deshalb muss weiterhin Druck auf die Parlamentarier:innen und die Kommission ausgeübt werden, um echte Transparenz und ethische Grundsätze für die Lobbyarbeit zu schaffen.

# ZUGANG NUMMER 6: FÜR DIE UMSETZUNG ZUSTÄNDIGE LOBBYIST:INNEN

Wenn ein Gesetz verabschiedet wird, ist es nicht ungewöhnlich, dass entscheidende Aspekte seiner Umsetzung erst später geklärt werden. Das Problem entsteht dann, wenn wichtige Entscheidungen über die Umsetzung, die einer ernsthaften demokratischen Kontrolle bedürfen, stattdessen in undurchsichtigen Ausschüssen getroffen werden, wie im Fall von giftigen Substanzen, die von der Industrie in großem Umfang verwendet werden. Dieses Szenario kann den Lobbyist:innen der Unternehmen zusätzliche Möglichkeiten bieten, ihre Interessen auf unvorhergesehene Weise durchzusetzen.

Jüngstes Beispiel ist der Kampf um die Verwendung von Glyphosat - dem Wirkstoff aus weit verbreiteten Unkrautvernichtungsmitteln wie Roundup. Er wird von der Internationalen Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation als **"wahrscheinlich krebserregend"** für den Menschen eingestuft. Er wird auch mit dem Verlust der Artenvielfalt und der Verschmutzung von Grundwasser und Boden in Verbindung gebracht. Doch in der EU kämpfen Bayer und andere Pestizidkonzerne mit Händen und Füßen, um es auf dem Markt zu halten.

Eine der Methoden der Lobbyist:innen besteht darin, das für die Umsetzung der Vorschriften eingerichtete System auszutricksen. Wenn es beispielsweise darum geht, eine Genehmigung für den Verkauf eines bestimmten Pestizids zu erhalten, lassen die Unternehmen jede unabhängige Studie disqualifizieren, die die Schädlichkeit ihres Produkts belegt, und finanzieren neue Studien-Papiere, die keine Schädlichkeit belegen, oder legen Studien mit veralteten Methoden vor.

Dies geschah bei der jüngsten Wiedergenehmigung von Glyphosat durch die EU: Bayer und andere Glyphosathersteller legten **53 Studien** über die Genotoxizität von Glyphosat als Teil des Dossiers für die Wiedergenehmigung vor. All diese Studien wurden von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) geprüft. Die Stellungnahmen der EFSA werden von den Institutionen und nicht zuletzt von der Kommission gehört. Wenn die EFSA grünes Licht gibt, wie es bei Glyphosat der Fall war, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Kommission es der Behörde gleichtut.

Zwei renommierte Expert:innen für Genotoxizitätstests untersuchten jedoch die eingereichten Studien und stellten fest, dass nicht weniger als 34 der 53 von der Industrie finanzierten Genotoxizitätsstudien, die für die aktuelle EU-Studie herangezogen wurden, "nicht zuverlässig" und weitere 17 Studien nur "teilweise zuverlässig" waren, da sie erheblich von den OECD-Testrichtlinien abwichen. Die Untersuchung offenbarte eine systemische Schwachstelle: Sowohl die nationalen Regulierungsbehörden als auch die EU-Behörden scheinen die Qualität

WIE DIE INDUSTRIE  
DAS SYSTEM  
AUSTRICKSTE, UM  
DIE ZULASSUNG  
VON GLYPHOSAT ZU  
ERHALTEN

der von der Industrie durchgeführten Studien nicht eingehend zu prüfen.

Im September 2023 wurde Glyphosat von der Kommission für ein weiteres Jahrzehnt zugelassen, obwohl diese Entscheidung von vielen EU-Mitgliedstaaten nicht mitgetragen wurde. Wenn es um die Umsetzung geht - und nicht um ein neues europäisches Gesetz - spielt die Kommission eine Schlüsselrolle. Angesichts der Abhängigkeit der Kommission von der EFSA und der Fähigkeit der Industrie, das System für sich zu nutzen, hat man auch in dieser Phase der Entscheidungsfindung ein großes Problem. Die Nichtregierungsorganisation PAN-Europe verklagt die Kommission nun wegen der Glyphosat-Entscheidung, da das EU-eigene Pestizidgesetz besagt, dass Gesundheit und Umwelt Vorrang vor den Profiten der Konzerne haben sollten.

# ZUGANG NUMMER 7: KONZERNE RUFEN LAUT NACH “WETTBEWERB”, UM IHNEN MISSLIEBIGE VORSCHRIFTEN ZU VERHINDERN

EU-Rechtsvorschriften sind oft unübersichtlich, was manchmal auf verklausulierte, politische Kompromisse im Text zurückzuführen ist. Es ist dann Aufgabe der Kommission, die praktische Bedeutung des Gesetzes herauszuarbeiten und es durchzusetzen. Deshalb verbringt die Kommission unendlich viel Zeit damit, die Rechtsetzung in den Mitgliedstaaten zu überprüfen.

Unternehmensgruppen verfolgen auch aufmerksam die Entwicklung der Rechtsvorschriften auf nationaler Ebene und wenn sie der Meinung sind, dass eine Maßnahme ihren Interessen zuwiderläuft – wobei sie die Möglichkeit haben, anzubringen, es verstoße gegen europäisches Recht - steht ihnen ein mächtiges Instrument zur Verfügung: Sie können bei der Kommission Beschwerde einlegen. Allzu oft agiert die Kommission dann recht hartnäckig, wenn sie die Regierungen dazu bringen nachzugeben.

Zwei Beispiele aus den letzten Jahren betreffen den Klimawandel und Fluggesellschaften. Die französische Regierung schlug vor, **Inlandsflüge von weniger als 250 km Länge als Klimamaßnahme zu verbieten** da ein Inlandsflug siebenmal mehr Treibhausgase verbraucht als eine vergleichbare Zugfahrt. In ähnlicher Weise erwog die niederländische Regierung, den Flugverkehr auf dem riesigen Amsterdamer **Flughafen Airport** einzuschränken. Die Fluggesellschaften und Flughäfen waren entrüstet über diese Pläne und forderten die Kommission auf, einzuschreiten und das Vorhaben zu stoppen. In beiden Fällen setzte sich die Kommission rasch mit den betreffenden Regierungen in Verbindung, um zu intervenieren.

Die Beschwerden der Branche waren erfolgreich: Die Kommission beschloss im Fall Frankreichs, das **auf drei Jahre zu begrenzen** und zwar nur für drei der acht von der französischen Regierung genannten Strecken. Im Fall der Niederlande trug das Eingreifen der Kommission dazu bei, den niederländischen Denkansatz zu ändern, und die Pläne zur Verkleinerung von Schiphol wurden **ganz aufgegeben**.

So wurden sinnvolle Ideen der Mitgliedstaaten zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, des Lärms und der Luftverschmutzung von der Kommission als Reaktion auf die Lobbys der Unternehmen vereitelt.

WIE FLUGGESELL-  
SCHAFTEN UND  
FLUGHÄFEN DIE  
KOMMISSION DAZU  
BRACHTEN, KLIMA-  
MASSNAHMEN ZU  
VERHINDERN

---

## WIE UNTERNEHMENS-LOBBYIST:INNEN WICHTIGE GRÜNE INITIATIVEN UNTERGRABEN HABEN

Die derzeitige Kommission begann ihre Amtszeit mit der Ankündigung des European Green Deal (EGD) durch Präsidentin von der Leyen. Der Plan wurde stark von Unternehmenslobbygruppen beeinflusst, die für einige Schein-Lösungen (Gas, schmutziger Wasserstoff, Kohlenstoffabscheidung usw.) warben, und sorgte dafür, dass die EU weiterhin auf ein System des Emissionshandels angewiesen ist, das sich seit seiner Einführung im Jahr 2006 wiederholt als problematisch erwiesen hat. In Wirklichkeit waren große Teile des EGD eher ein **'European Grey Deal'**.

Der Plan enthielt jedoch auch sehr positive Elemente, die nicht von Unternehmens-Lobbyist:innen eingebracht wurden, darunter eine Reihe von Gesetzen zum Schutz des Klimas, der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit. Doch in den letzten zwei Jahren haben die Lobbyist:innen der Industrie eine Offensive gestartet, um die geplanten Green-Deal-Gesetze zu sabotieren, mit denen gefährliche Stoffe, die der Gesundheit und den Ökosystemen schaden, reduziert und ersetzt werden sollen, unter anderem **giftige Pestizide** und **schädliche Chemikalien**. Aggressive und irreführende Lobbyarbeit von Unternehmen und rechtsgerichtete politische Manöver haben zu einer katastrophalen umweltfeindlichen Gegenreaktion geführt. Daran beteiligt sind Abgeordnete des Europäischen Parlaments, EU-Regierungen und die Kommission selbst, die ihre Pläne zur Halbierung des Pestizideinsatzes und zum Verbot Tausender giftiger Chemikalien zurückgezogen hat. Dies hatte auch die Abschwächung und Verzögerung anderer Vorschläge zur Folge, wie das Versprechen, die schädlichsten Chemikalien in Konsumgütern zu verbieten, das noch nicht angegangen wurde.

Dies ist der Vorbote einer Klima- und Biodiversitätspolitik, die durch eine "braune" Agenda untergraben wird, und eines neuen Niveaus an unternehmensfreundlicher Politikgestaltung durch die kommende Kommission, da von der Leyen eine Wiederernennung anstrebt. Ein von Konzernen entwickelter **'Industrial Deal'** wird sicherstellen, dass die EU-Strategie auf höhere Profite abzielt und Fortschritte bei der Sozial- und Umweltregulierung zunichte gemacht werden. Dieser Rückschritt ist ein Ergebnis der Lobbymacht der Unternehmen und spiegelt keineswegs die Wünsche der EU-Bürger:innen wider; Meinungsumfragen zeigen eine starke Unterstützung für umweltpolitische Maßnahmen, wenn diese auf sozial gerechte Weise durchgeführt werden.

# ES IST ZEIT, DIE VEREINNAHMUNG DURCH UNTERNEHMEN ZU STOPPEN

Im Laufe der Jahre haben Lobbykandale immer wieder zu strengeren Regeln für Transparenz, Interessenkonflikte und Ethik in den EU-Institutionen geführt. Auch wenn einige Fortschritte erzielt wurden, ist der Rahmen immer noch mangelhaft und voller Schlupflöcher. Das Register, das für Transparenz sorgen soll, ist weder rechtsverbindlich noch wird es ordnungsgemäß durchgesetzt. Regeln für Interessenkonflikte sind in einigen Fällen so gut wie nicht vorhanden, und ehemalige Entscheidungsträger:innen können nach wie vor Unternehmenslobbygruppen oder Lobbyfirmen beitreten, manchmal erst nach einer kurzen Bedenkzeit.

Während Corporate Europe Observatory und andere zivilgesellschaftliche Organisationen weiterhin auf eine Regulierung des Lobbyismus hinarbeiten - einschließlich eines Vorstoßes für ein rechtsverbindliches Register für Lobbyist:innen - müssen wir noch weiter gehen. Um den Einfluss von Unternehmenslobbygruppen auf die Entscheidungsfindung zu verringern - mit anderen Worten, die Vereinnahmung durch Unternehmen zu beenden - bedarf es mehr als Transparenz und Ethikkodizes, denn sie stellen die freizügige Kultur, die Unternehmen als natürliche und willkommene Partner in der EU-Entscheidungsfindung betrachtet, nicht in Frage. Es sind Maßnahmen erforderlich, die die Präsenz von Unternehmens-Lobbyist:innen verringern - eine Schlüsselmaßnahme, um die Vereinnahmung durch Unternehmen auszubooten.

Die Vereinnahmung durch Unternehmen ist kein neues Phänomen. Jahrzehntlang war bekannt, dass die Tabakindustrie einen allzu leichten Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen hatte, den sie nutzte, um eine dringend erforderliche Regulierung lange Zeit zu verhindern. Das kommerzielle Interesse der Tabakindustrie am Verkauf eines tödlichen Produkts ist eindeutig unvereinbar mit dem öffentlichen Interesse an der Gesundheitspolitik, was bedeutet, dass die Politik vor ihrem Einfluss geschützt werden muss. Dies führte 2005 zur Verabschiedung der WHO-Rahmenregelung zur Eindämmung des Tabakkonsums, die unter anderem vorschreibt, die Interaktion zwischen Tabak-Lobbyist:innen und Entscheidungsträger:innen auf ein Minimum zu beschränken.

## Nicht nur Tabak

Wir von Corporate Europe Observatory glauben, dass dieser Ansatz, angepasst an die Besonderheiten eines Sektors oder eines politischen Themas, der Weg ist, um die Vereinnahmung durch Unternehmen zu stoppen und öffentliche Institutionen für die Demokratie zurückzugewinnen. Dies bedeutet, dass eine zielgerichtete Brandmauer erforderlich ist, um den Zugang und den Einfluss von Lobbyist:innen großer Unternehmen auf die Entscheidungsfindung zu verringern. In einigen Bereichen ist es besonders dringend, vor allem in der Klima- und Energiepolitik, die unter dem anhaltenden Zugang und Einfluss von Lobbyist:innen fossiler Brennstoffe leidet, die den Ausstieg aus der schmutzigen Energie verlangsamen wollen. Um den Klimanotstand zu bekämpfen, müssen wir das **an fossilen Brennstoffen aus der Politik heraushalten** ähnlich wie bei den bestehenden Beschränkungen für die Tabakindustrie. Die Lösung ist eine "Brandmauer", um den Zugang der fossilen Brennstoffindustrie zur Entscheidungsfindung zu unterbinden: d.h. keine Lobbytreffen, keine Sitze in Expert:innen- und Beratungsgremien und keine Übernahme von Rollen in staatlichen Forschungseinrichtungen.

Auch die Notwendigkeit, die Entscheidungsfindung über die Sicherheit giftiger Pestizide und Chemikalien vor den Interessen der von diesen Produkten profitierenden Industrien zu schützen, ist deutlicher denn je, nachdem die geplante europäische Green-Deal-Gesetzgebung **durch aggressive Industrielobbyarbeit sabotiert wurde** (siehe Anschauungs-Kasten). Um den Kampf gegen die Umweltverschmutzung zu beschleunigen, ist es an der Zeit, eine Lobby-Brandmauer zu errichten, um Entscheidungsträger:innen vor dem Einfluss der Pestizid- und Chemieindustrie zu schützen.

In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass Big Tech zu groß geworden ist, um es zu regulieren. Es ist an der Zeit, die Einmischung von Big Tech in die Entscheidungsfindung der EU einzuschränken, angefangen bei digitalen Giganten wie Meta, Google und Amazon. Denn sie haben eine Monopolmacht aufgebaut und operieren mit einem zerstörerischen Geschäftsmodell, das von Unterlaufen demokratischer Wahlen und der Erzeugung von Social-Media-Sucht bis hin zur Verdrängung kleinerer Unternehmen und der Unterdrückung von Arbeitnehmer:innenrechten reicht.

Ein weiteres großes Problem ist die Vereinnahmung der Arzneimittelpolitik durch die Unternehmen, und es ist dringend erforderlich, die Politik vor dem unzulässigen Einfluss der großen Pharmaunternehmen zu schützen. Die EU-Impfstoffstrategie hat diese Probleme noch verschlimmert. Es ist an der Zeit, dass die EU erkennt, dass wenn sie sich auf die Seite der großen Pharmaunternehmen und deren Forderungen nach Monopolschutz stellt,

das katastrophale Auswirkungen auf den Zugang zu bezahlbaren Arzneimitteln hat und wenig zur Entwicklung neuer Medikamente beiträgt.

Um zu verhindern, dass die nächsten fünf Jahre zu einer schrecklichen Ära mit einem noch nie dagewesenen Ausmaß der Vereinnahmung durch Unternehmen werden, brauchen wir eine starke Gruppe progressiver Europaabgeordneter, die entschlossen sind, sich gegen das Großkapital zu stellen und Brandmauern zum Schutz der demokratischen Entscheidungsfindung zu fordern. Um eine echte Dynamik für die Zurückdrängung der Macht der Unternehmenslobby zu schaffen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese Probleme - und die Lösungen - zu heiß diskutierten Themen in den Wahlkampf- und politischen Diskussionen in der gesamten EU werden.

## WAS SIE TUN KÖNNEN

### ALS MDEP-KANDIDAT:IN KÖNNEN SIE:

- Weisen Sie in Ihrer Wahlkampagne auf das Problem der Vereinnahmung durch Unternehmen hin (allgemein oder mit konkreten Beispielen) und erklären Sie den Wähler:innen, was Sie tun werden, um die demokratische Entscheidungsfindung zu schützen, wenn Sie gewählt werden.
- Lesen, vervielfältigen und unterstützen Sie den nachstehenden Forderungskatalog zur Verhinderung der Vereinnahmung durch Unternehmen.
- Setzen Sie anderen MdEP-Kandidat:innen etwas entgegen, die sich in der EU-Entscheidungsfindung auf die Seite der Großunternehmen geschlagen und die Vereinnahmung durch die Konzerne ermöglicht haben.
- Fordern Sie andere MdEP-Kandidat:innen auf, sich zu verpflichten, die demokratische Entscheidungsfindung vor der Vereinnahmung durch Unternehmen zu schützen.

**Als Corporate Europe Observatory stehen wir für Unterstützung und Zusammenarbeit zur Verfügung. Zögern Sie also nicht, sich mit Ihren Fragen oder Vorschlägen an uns zu wenden. Wir haben auch eine Reihe von kurzen Info-Briefings zum Thema "Corporate Capture" zu spezifischen politischen Themen der EU erstellt. Nach den Wahlen stehen wir für eine Zusammenarbeit zur Verfügung, zum Beispiel mit Vorschlägen für konkrete Initiativen zur Eindämmung der Lobbymacht von Unternehmen.**

# AUF ZU EINEM ANDEREN EUROPA:

1. Bei jeder Frage, die in den EU-Institutionen entschieden wird, sollten sich die Entscheidungsträger:innen gegen die Lobbyarbeit der Großunternehmen wehren und die **Bürger:innen und das öffentliche Interesse verteidigen**, um einen starken Sozial- und Umweltschutz zu gewährleisten.
2. **Maßnahmen für eine „Brandmauer“** (nach dem Vorbild der UN-Regeln für Tabak-Lobbyist:innen) sind erforderlich, um die Entscheidungsfindung auf EU- und nationaler Ebene vor dem schädlichen Lobbyeinfluss der fossilen Brennstoff- und Giftstoffindustrie sowie vor der politischen Einmischung von Big Tech-Giganten (insbesondere GAFAM) zu schützen, die ein unverantwortliches Geschäftsmodell haben und für ihre betrügerische Lobbyarbeit bekannt sind.
3. In allen Sektoren ist es von entscheidender Bedeutung, den privilegierten Zugang zur EU-Entscheidungsfindung zu beenden: **Für alle Kommissionsmitglieder und Kommissionsbediensteten sind strenge Regeln** erforderlich, um die Dominanz von Unternehmensinteressen sowohl bei der Zusammensetzung von Beratergruppen als auch bei Lobbytreffen zu verhindern. Solche Regeln sind auch für die Entscheidungsfindung im Rat erforderlich.
4. **Großemittenten raus, Menschen rein:** Parallel zur Beschränkung des Zugangs und des Einflusses der Großemittenten sollten die Entscheidungsträger:innen neue Formen der Bürger:innenbeteiligung ausbauen, indem sie die Möglichkeiten zur Einbringung von Beiträgen der Bürger:innen erweitern, insbesondere unter Einbeziehung derzeit unterrepräsentierter und direkt betroffener Gruppen. Die Demokratisierung der Entscheidungsfindung ist auf allen Ebenen der Gesellschaft erforderlich: auf lokaler, nationaler und EU-Ebene.
5. Die EU braucht ein **rechtsverbindliches Lobbytransparenzregister** mit verbesserten Offenlegungspflichten, ausreichenden Ressourcen, der Möglichkeit, Verstöße ordnungsgemäß zu untersuchen und zu sanktionieren, sowie eine rigorose, transparenzfördernde Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zur Informationsfreiheit, einschließlich der Transparenz der Arbeit des Rates und seiner Arbeitsgruppen. Angesichts der „Qatargate“-Affäre und anderer Skandale ist die vollständige Offenlegung aller Formen von EU-spezifischer Lobbyarbeit repressiver Regime längst überfällig.
6. Die Zahl der Kommissions-Beamten:innen, die verpflichtet sind, **Treffen mit Lobbyist:innen proaktiv offenzulegen**, sollte ausgeweitet werden: Statt nur die 300 Spitzen-Beamten:innen sollten alle Kommissions-Beamten:innen, bei denen Lobbyarbeit betrieben wird, unter diese Transparenzpflichten fallen.
7. Es sollte eine **sinnvolle Bedenkzeit für MdEP** geben (mindestens zwei Jahre), bevor sie eine Lobbytätigkeit aufnehmen, sowie eine strenge **finanzielle Offenlegung** von **Nebeneinkünften** und eine strikte **Begrenzung von Nebentätigkeiten** für MdEP (d.h. ein Verbot aller Nebentätigkeiten für Unternehmen und Gruppen, die Lobbyarbeit bei der EU leisten).
8. **Die Kandidat:innen sollten sich gegen die neoliberalen Deregulierungsbestrebungen stellen:** Dazu gehört auch die Abschaffung des Ausschusses für Regulierungskontrolle (engl.: Regulatory Scrutiny Board; kurz RSB) und anderer Hindernisse für Fortschritt im Sozial- und Umweltschutz.

**WIE MAN DIE  
DEMOKRATISCHE  
ENTSCHEIDUNGSFIN-  
DUNG VOR DER VER-  
EINNAHMUNG DURCH  
UNTERNEHMEN  
SCHÜTZT**



# FOLGEN SIE UNS IN DEN SOZIALEN MEDIEN

FACEBOOK X/EX-TWITTER INSTAGRAM YOUTUBE



MASTODON BLUESKY THREADS LINKDIN



## KONTAKTE

Mundo Matongé  
Rue d'Edimbourg 26  
1050 Brüssel - Belgien  
Tel: +32 (0)2 893 0930  
Email: [info@corporateeurope.org](mailto:info@corporateeurope.org)  
[www.corporateeurope.org](http://www.corporateeurope.org)

EU-Transparenz des CEO  
Register-ID-Nummer:  
5353162366-85

